

# Fiskus beteiligt sich nicht an Dienstjubiläum

Das Finanzgericht (FG) Köln entschied:

Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen. Das hat jetzt ein hoher Beamter vor dem FG Köln schmerzlich erfahren. Das Gericht ordnete die eigenen Kosten des Mannes für eine große Feier anlässlich der Übergabe der Amtsgeschäfte steuerlich nicht als dienstlichen, sondern als privaten Repräsentationsaufwand ein. Es versagte daraufhin den Werbungskostenabzug, obwohl die restlichen durch den Dienstherrn erstatteten Aufwendungen nach dem Einkommensteuergesetz (EStG) als steuerfreie Aufwandsentschädigung behandelt wurden.

Der Kläger war als Beamter im öffentlichen Dienst tätig. Als er und zwei weitere Kollegen ihre Dienstgeschäfte übergaben und in den Ruhestand verabschiedet wurden, richtete der Dienstherr eine große Feier mit rund 400 Personen aus. Da die Haushaltsmittel für solche Anlässe nicht ausreichten, schossen die drei Amtsträger das restliche Geld zu. In seiner Steuererklärung wollte der Kläger dann die Kosten als Werbungskosten bei seinen Einkünften als Beamter absetzen, weil es sich bei der Veranstaltung wegen der Übergabe der Amtsgeschäfte um eine dienstliche Veranstaltung gehandelt habe. Seine Verabschiedung in den Ruhestand habe mit der Feierlichkeit nur mittelbar zu tun gehabt, weil sie auch dann durchgeführt worden wäre, wenn er noch nicht in den Ruhestand getreten wäre. Im übrigen habe die Feier der Kontaktpflege zwischen dem Führungspersonal mehrerer Dienststellen gedient und sei zudem vom 2

Dienstherrn angeordnet worden. Das Finanzamt nahm trotzdem nicht absetzbare Repräsentationsaufwendungen des Klägers an, die dessen Privatvergnügen seien.

Das FG Köln gab dem Finanzamt jetzt Recht: Selbst wenn die vom

Kläger getragenen Bewirtungskosten mit seiner Berufstätigkeit eng zusammenhängen, so sei deren Abzug gleichwohl ausgeschlossen, weil sie durch die gesellschaftliche und wirtschaftliche Stellung des Klägers veranlasst seien und deshalb zu den nicht abziehbaren Kosten der privaten Lebensführung zählten. Die Feierlichkeit sei in ihrem Umfang auch von der Verabschiedung in den Ruhestand mitgeprägt worden.

Aus der Inanspruchnahme der Steuerbefreiung wegen einer aus Haushaltsmitteln zugeteilten Aufwandsentschädigung folge auch nichts anderes: Zwar seien solche Zuwendungen grundsätzlich für Werbungskosten des Arbeitnehmers gedacht. Aber die Steuerfreiheit sei nicht davon abhängig, dass die Bewirtungsaufwendungen tatsächlich Werbungskosten sind, sondern allein formal vom Vorliegen des haushaltsrechtlichen Erstattungsvorgangs. Und der könne sich sowohl auf absetzbare als auf nicht absetzbare Vermögensabflüsse beziehen. Schließlich komme auch keine Aufteilung in einen abziehbaren dienstlichen und einen nicht abziehbaren Privat-Teilbetrag in Frage, urteilten die Richter. Denn eine klare Abgrenzung sei bei einer solchen Feier gar nicht möglich.

Urteil des FG Köln – Datum unbekannt -

Aktenzeichen : 5 K 4506/02

Veröffentlicht : Handelsblatt

07. Januar 2004

07.01.2004